

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 38. Göln, den 17. September 1915. 16. Jahrg.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für die Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,20 M. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postk. d. Konto 7718 Göln.

Abonnementspreis für die wieseg. Feiltsche 20 Pfg. Stellungslos und -Ergelste, sowie 2 wieseg. der Christlichen Arbeiter die Hälfte. Bei allen und Ergelsteiten befragen sich die. Ferner nach 2. Telegraf. B. 146. — Redaktionsbuch ist von 20 bis 25.

Die Christl. Gewerkschaften im Jahre 1914.

Ueber eine außerordentliche Zeitperiode erstreckt sich diesmal der sechsten im „Zentralblatt“ erschienene Bericht über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1914. Mit einer gewissen Spannung durfte man ihm daher entgegenzusehen. Drohte doch im August vergangenen Jahres der plötzlich ausgebrochene Weltkrieg alles über den Haufen zu werfen. Wie aus einer Pistole geschossen, mußten plötzlich und unerwartet tausend und aber tausend Kollegen zu den Waffen eilen. Der Vertrauensmännerapparat geriet zeitweise in Unordnung. In die Geschäftsverwaltungen wurden große Lücken gerissen. Von den Zentralstellen wurden bei manchen Verbänden sämtliche Beamte eingezogen. Kurz gesagt, es entstand ein großer Wirrwarr, so daß manche Mitglieder mit nicht geringer Sorge der Zukunft unserer Bewegung entgegenzusehen.

Nach dem jetzt vorliegenden Bericht läßt sich nun konstatieren, daß die christlichen Gewerkschaften durch den Krieg zwar erheblich gelitten, sich aber doch so stark erwiesen haben, daß sie ohne Zweifel auch die fernere Kriegszeit überdauern und ihre Machtstellung behalten werden. Diese Tatsache ist auch um deswillen erfreulich, weil sie den Kollegen im Felde die Gewißheit bietet, daß sie nach dem Kriege an unserer Bewegung wieder jene feste Stütze finden, deren sie dann vielleicht mehr wie je bedürfen.

Wie ja nicht anders zu erwarten war, verloren die Gewerkschaften infolge des Krieges eine große Anzahl von Mitgliedern. Wenn man die Durchschnittszahl der Mitglieder des Jahres 1914 mit jener des Jahres 1913 vergleicht, verloren die Verbände 60 041 Mitglieder, indem die Gesamtzahl von 342 785 auf 282 744, d. h. um gut 17 1/2% zurückging. Viel größer ist natürlich, infolge der bis dahin immer umfangreicher gewordenen militärischen Einberufungen, der Verlust am Jahresabschluss 1914, wenn er in Vergleich gestellt wird zu der Jahresabschlussziffer 1913. Letztere hatte 417 355 betragen, der diejenige von 1914 mit 218 197 gegenübersteht, so daß der Rückgang 199 158 = fast 47% beträgt. Am Schlusse des Jahres haben alle Verbände einen Mitgliederverlust zu verzeichnen, mit Ausnahme der Heimarbeiterrinnen, die Ende 1914 eine Mitgliederzahl von 10 159 aufwiesen, gegen 10 309 am Jahreschlusse 1913, ein Verhältnis, das in sich selbst nur noch günstiger geworden ist, während in den übrigen Verbänden der Krieg immer größere Lücken in die Mitgliederreihen gerissen hat und noch während reißt. Beim Vergleich der Jahresdurchschnittsziffern zeigen, außer den Heimarbeiterrinnen, nur noch die deutschen Eisenbahner und die Forst-, Land- und Weinbergarbeiter einen, allerdings geringen, Mitgliedererwerb, während alle übrigen Verbände auch da im Zeichen des Rückgangs stehen. Dem deutschen Eisenbahnverband traf der Krieg gerade in einer besonders erfreulichen Aufwärtsentwicklung, hatte er doch am 30. Juni 1914 einen Mitgliederbestand von 90 125 erreicht; der Rückgang erklärt sich aus den großen Personalverschiebungen im Innern, waren doch zeitweilig alle Mitglieder einzelner Ortsvereine kommandiert. Bei den Bayerischen und Württembergischen Eisenbahnern dagegen war der Rückgang verhältnismäßig gering.

Verhältnismäßig mit am härtesten sind von dem Verlust, neben den Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeitern, den Tabakarbeitern und auch den Bergarbeitern, die handwerksmäßigen Berufe (Bau-, Holz-, Schneider und Maler) betroffen. Das hängt mit der großen Zahl der jungen Berufsangehörigen zusammen, weswegen die betr. Verbände von den Einberufungen sofort stark betroffen wurden; dann aber reißen von diesen jugendlichen Mitgliedern bei Kriegsausbruch viele, die in Großstädten arbeiten, nicht ab, ohne alsbald wieder von den Verbänden erfasst werden zu können. Besonders hat in den handwerksmäßigen Berufen die Mitgliederzahl ungünstig beeinflussende Arbeitslosigkeit besonders stark und besonders lange einwirkend.

Es bedarf kaum besonderer Hervorhebung, daß von der ungünstigen Mitgliederentwicklung auch die Kassenzustände ungünstig beeinflusst wurden. Immerhin

ist das Ergebnis hier doch besser, als man es im Anlange des Krieges sich wohl vorstellte. Die gesamten Einnahmen blieben mit 5 863 674 Mark um 1 314 000 Mark hinter denen des Vorjahres (7 177 764 Mark) zurück. Allerdings erreichten auch die Ausgaben, die die Einnahmen um etwas mehr als 8000 Mark überstiegen, nicht die Höhe des Vorjahres, indem sie 5 871 801 Mark gegen 6 102 688 Mark in 1913 betrugen. Indessen ist hier der Rückgang doch unverhältnismäßig geringer als in den Einnahmen, indem er nur 230 887 Mark beträgt. Daraus ergibt sich die starke Anspannung des Budgets im Berichtsjahre. Doch ist nicht zu verkennen, daß die Spuren der fünf Kriegsmomente noch keine allzu tiefen sind. Das hängt damit zusammen, daß gerade mitgliederreichere Verbände der christlichen Gewerkschaften, wie die Bergarbeiter, dann die verschiedenen Eisenbahnverbände, und schließlich auch die Metallarbeiter, weniger von Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Bei anderen Gruppen, wie bei den Textilarbeitern, folgte der anfänglichen erschreckenden Arbeitslosigkeit nach einiger Zeit, im Zusammenhang mit den Kriegsbedürfnissen, eine verhältnismäßig gute, stellenweise sogar sehr gute, Konjunktur. Dessenungeachtet gab der christliche Textilarbeiterverband im Jahre 1914 mit seinen für das Gewerbe im Durchschnitt nicht übermäßig ungünstigen Kriegsverhältnissen an Reise- und Arbeitslosenunterstützung 150 365 Mark aus, gegen 51 662 Mark im Vorjahre. Wie sich die Dinge im weiteren Verlaufe des Krieges wenden werden, zumal bekanntlich jetzt schon eine allgemeine Betriebseinschränkung hat eingeführt werden müssen, ist ein Gegenstand schwerer Sorge für den Verbandsvorstand. Den vollen Druck der Arbeitslosigkeit und der sonstigen Kriegseinwirkungen bekamen mehrere handwerksmäßigen Verbände zu spüren. So veranlagte der Holzarbeiterverband für Reise- und Arbeitslosenunterstützung 182 085 (1913: 84 355) und außerdem für sonstige Unterstützungen, die in der Hauptsache den Angehörigen der Kriegsteilnehmer zugute kamen, 136 540 (1913: 11 827) Mark. Unter letzterer Rubrik verzeichnet der Bauarbeiterverband 118 019 (1913: 3307) Mark. Der Gutenbergbund wandte seinen arbeitslosen Mitgliedern 106 749 (1913: 21 745) Mark zu und gewährte an sonstigen Unterstützungen 46 555 (1913: 16 231) Mark. Ueberaus stark belastet ist ferner das Konto der (Reise- und) Arbeitslosenunterstützung bei den Metallarbeitern, die nicht weniger als 271 372 Mark gegen 73 338 Mark in 1913 hierfür auslegten. Insgesamt nahmen die Rubriken, in denen besonders die Kriegseinflüsse zur Auswirkung gelangten, im Berichtsjahre, verglichen mit dem Vorjahre, folgende Entwicklung:

	1913	1914
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	285 755	877 011
Sonstige Unterstützungen	68 450	466 954

Für diese friedlichen Zwecke fand ein großer Teil der Summen Verwendung, die auf dem Konto der Streik- und Gemahregeltenunterstützung hatten gespart werden können. Diese Unterstützung erforderte 1914 nur 337 874 Mark gegen 989 631 Mark in 1913.

Das Bild würde sich, auch abgesehen von den oben erwähnten Momenten, ganz anders gestalten haben, wären nicht in den besonders stark betroffenen Verbänden (Textilarbeiter, Holzarbeiter, Tabakarbeiter, Maler; dann auch Metallarbeiter usw.) die Zahlungen ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt worden, und durch besondere Notstandsunterstützungen und Zuwendungen aus bestimmten Anlässen und an geeigneten Terminen (Weihnachten, Ostern usw.) ersetzt zu werden. Ferner wurden sodann vielfach Kriegsvorfälle für die im Felde stehenden Mitglieder genommen, die Krankenversicherung für sie weiter geführt u. dgl. Auch beteiligten sich christliche Gewerkschaftenverbände mit größeren Summen an öffentlichen Unterstützungen zugunsten der Krieger (warme Kleidung, Spende usw.) und ihrer Angehörigen. In dem Maße wie der Krieg sich in die Länge zog, wurden sich weiter die christlichen Gewerkschaften darüber klar, daß ihr Mittel von zunehmender Bedeutung sein würden für die Zeit, in der sich der Krieg unter schwierigeren Verhältnissen für die Arbeiterschaft noch hinzuziehen würde, und sodann für die Zeit nach dem Kriege. Es ist namentlich letzteres eine Zeit großer Ungewißheit, die den Bestand der gewerkschaftlichen Organisationen in vielfach bis jetzt noch nicht gekanntem Maße erfordern wird. Im Hinblick darauf ist es bezeichnend, daß die christlichen Gewerkschaften trotz allem im Berichtsjahre ihren Vermögensbestand, wenn die in den Zentralstellen vorhandenen Summen mit gerechnet werden, noch um fast 45 000 Mark, nämlich von 9 682 750 auf 9 727 358 Mark, erhöhen konnten, während allerdings die in den Hauptstellen liegenden Bestände von 8 960 002 sich auf 8 922 656 Mark verminderten. Es ist aber nochmals zu betonen, daß das Berichtsjahr nur einen verhältnismäßig geringen Teil der Kriegswirkungen zu verspüren hatte und daß im laufenden Jahre die Verhältnisse sich ganz erheblich ungünstiger gestalten haben. Immerhin dürfen die christlichen Gewerkschaften bestimmt damit rechnen, daß sie die kommende Zeit doch auch noch finanziell gerüstet finden wird — und das dient jedenfalls ihnen, die aus dem Felde heimkehren werden, um ihren Beruf wieder aufzunehmen, zur Verfügung.

Organisationen	Mitgliederverhältnisse		Kassenzustände									
	Jahr-Ende 1914	Mitgliederzahl am 31. Dez. 1914	Gesamteinnahme	Gesamtausgabe	Streik- u. Gemahregeltenunterstützung	Reise- u. Arbeitslosenunterstützung	Krankengeld	Esterbe-geld	Rechts-fähig	Sonstige Unterstützungen	Kassenbestand am 31. Dez. 1914	Dauer in den Hauptstellen
Bergarbeiter	791	45 008	1 105 631	952 158	94 346	7 909	157 049	86 166	54 579	10 000	2 750 992	2 727 061
Textilarbeiter	305	26 907	521 252	671 831	42 513	159 865	57 070	12 475	1 974	36 277	551 796	474 941
Metallarbeiter	167	25 222	1 032 557	998 177	38 298	271 972	151 907	9 315	3 256	49 495	1 684 378	1 600 550
Bayr. Eisenbahner	89	24 605	442 919	211 811	—	—	27 395	68 550	7 939	11 218	1 418 753	1 418 753
Bauarbeiter	958	20 110	807 552	810 735	36 695	23 005	77 641	15 436	3 886	11 819	1 508 869	1 356 661
Deutsche Eisenbahner	396	19 213	139 059	120 036	—	—	—	9 865	5 457	1 850	61 206	61 206
Heimarbeiterrinnen	84	10 159	43 881	37 926	10	—	9 654	148	—	—	58 951	43 491
Holzarbeiter	270	8 772	516 886	666 428	49 278	182 085	84 422	7 573	930	136 540	694 532	544 861
Fabrikarbeiter	201	4 917	204 013	220 072	16 833	23 408	20 750	2 809	4 172	2 956	48 630	35 000
Tabakarbeiter	119	3 824	70 064	80 996	4 640	5 263	11 520	6 113	1 248	759	15 870	11 751
Württemberg. Eisenbahner	83	3 559	17 508	13 243	—	—	—	—	306	1 137	14 157	14 157
Keramarbeiter	160	3 109	116 832	139 520	10 981	33 280	—	1 905	3 054	16 006	74 897	67 000
Lebendarbeiter	111	2 956	111 642	126 177	13 687	33 421	16 964	1 158	359	5 527	50 056	43 691
Gemeindearbeiter	80	2 646	82 058	71 627	4 680	977	14 736	3 054	791	9 340	44 030	37 251
Forst- u. Landarbeiter	123	2 577	50 889	61 408	389	—	4 012	1 480	6 372	—	8 639	6 361
Gutenbergbund	109	3 390	210 933	272 349	745	106 749	41 669	3 630	746	46 555	531 330	531 330
Sapfhausangestellte	55	2 121	65 440	66 907	484	—	9 074	1 300	248	2 492	17 112	14 111
Wälderhandwerker	55	2 114	23 523	21 270	—	—	—	3 467	977	—	6 131	4 741
Schneider	98	2 053	70 099	78 101	10 661	2 364	5 435	450	—	5 938	41 879	39 285
Graphischer Verband	48	1 577	54 852	64 652	4 684	15 194	7 734	320	271	3 178	35 923	28 061
Kapazitätsmittelarbeiter	78	1 481	50 752	56 236	6 884	1 060	5 870	298	221	988	7 547	3 791
Maler	52	1 120	61 197	71 036	3 505	8 343	9 806	863	378	7 248	29 257	26 541
Krankenträger	37	891	25 243	19 647	—	1 383	2 172	760	30	649	6 083	5 891
Telegraphenarbeiter	92	496	18 690	22 710	—	—	8 096	800	—	—	8 629	8 629
Gärtner	18	430	17 681	16 903	183	1 243	—	332	38	712	7 389	6 951

4599 | 218 197 | 5 863 674 | 5 871 801 | 337 874 | 877 011 | 726 675 | 235 133 | 96 697 | 406 954 | 9 727 358 | 8 922 656

Zur Kriegerfamilienunterstützung.

Die ausreichende Unterstützung der Kriegerfamilien gehört mit zu den ersten Pflichten, die die Allgemeinheit, Staat und Gemeinden den kämpfenden Männern und ihren Familien gegenüber zu erfüllen haben. Der Vorstand des Gesamtverbandes hat daher unterm 11. August sich diesbezüglich mit einer Eingabe an den Bundesrat und an den Reichstag gewendet, und um eine bessere Regelung der Kriegerfamilienunterstützung gebeten.

Die Höhe der reichsgesetzlichen Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer war, so wird in der Eingabe betont, gemessen selbst an den Verhältnissen in normalen Zeiten des Wirtschaftslebens, in keiner Weise ausreichend, um die gewohnte Höhe der Lebenshaltung aufrecht zu erhalten. Im Verlaufe des Krieges und unter der Einwirkung desselben haben sich die Bedingungen der Lebenshaltung erst recht in fühlbarer Weise verschoben. Die Preisbildung auf dem Waren-, vor allem auf dem Lebensmittelmarkt hat eine Entwicklung genommen, die die Kaufkraft des Geldes in einer nie gekannten Weise heruntergedrückt hat. Die Folge ist, daß weite Kreise der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere die auf die öffentliche Unterstützung angewiesenen Kriegerfamilien, nur mit größter Mühe und unter Entbehrungen den Lebensunterhalt sich zu beschaffen vermögen. In sehr vielen Familien ist gegenwärtig Mangel an Notwendigkeiten vorhanden, so daß die Gefahr der Unterernährung und der Abnahme unserer Volkskraft in bedrohliche Nähe gerückt ist.

Das Gesetz betreffend Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer sieht für die Wintermonate mit Rücksicht auf die höheren Anforderungen, z. B. für Heizung und Licht, eine höhere Unterstützung vor wie für die Sommerzeit. Die Höhe der Winterunterstützung ist in diesem Frühjahr beibehalten worden, weil bei der allgemeinen Teuerung eine Herabsetzung der Unterstützung bedeutliche Folgen hätte zeitigen müssen. Nun geht das Sommerhalbjahr zur Reize; die erhöhten Ansprüche an die Haushaltsführung während der Winterzeit werden sich infolge der hohen Preise in diesem Jahre doppelt bemerkbar machen. Es liegt daher im Sinne des Gesetzgebers, wenn unter den veränderten Verhältnissen alsbald eine Erhöhung der Unterstützung eintreten würde. Empfehlenswert wäre, wenn allgemeiner als jeither ein Teil der Unterstützungen in billigen Lebensmitteln, insbesondere in den größeren Städten und Industriebezirken, verabfolgt würde.

Ferner wird in der Eingabe die Reichsregierung dringend gebeten, auf eine größere Einseitigkeit bei der Handhabung der Kriegerfamilienunterstützung durch die Gemeinden hinzuwirken. Da die reichsgesetzliche Unterstützung allein zum Lebensunterhalt nicht ausreicht, haben die Gemeinden sich genötigt gesehen, Zuschüsse zu der staatlichen Unterstützung zu leisten. Aber nicht alle Gemeinden sind dieser Pflicht nachgekommen, auch dann noch nicht, als aus Reichsmitteln ein größerer Beitrag bereitgestellt wurde, um den minder leistungsfähigen Gemeinden für die Unterstützung der Kriegerfamilien Beihilfen zu gewähren. Es gibt gegenwärtig sogar noch größere Städte, die den Familien der Kriegsteilnehmer aus gemeindlichen Mitteln regelmäßige dauernde Zuschüsse nicht gewähren. Sodann zeigt die Regelung durch die Gemeinden eine große Uneinheitlichkeit. Es gibt Gemeinden, die den Kriegsfrauen monatliche Zuschüsse im Betrag von M. 12.—, 15.—, 18.—, 19.50, 21.66, 21.— und mehr gewähren, während andere Gemeinden mit ihren Zuschüssen bei M. 6.—, 2.—, 1.50 und sogar 1.20 stehen geblieben sind. Viele Gemeinden, besonders in ländlichen und industriell durchsetzten Bezirken, gewähren keine besonderen Zuschüsse. Weitgehende Verschiedenheiten bestehen bei der Anrechnung etwa in Arbeitsverdienstes oder der Unterstützungen von dritter Seite (Arbeitgeber, Wohlfahrtsvereine usw.). Es gibt Gemeinden, die in dieser Beziehung vorkriegsähnlich verfahren, aber auch andere, die jedes anderweitige Einkommen bei der Auszahlung der Staats- und Gemeindeunterstützung in Anrechnung bringen, was Unzufriedenheit und sonstige Unbehände im Gefolge hat. Sicherlich ist die Angelegenheit so geregelt, daß den Kriegsfrauen jeder Anreiz zur gewerblichen Tätigkeit genommen wird, weil sie trotz Abnahme ihrer Arbeitskraft keine wesentliche Besserung ihrer Lebenslage erzielen können. Es ist vorzuziehen, daß Frauen, die Arbeit angenommen haben, sich nach Abzug der dadurch notwendig gewordenen Mehraufwendungen für die Lebenshaltung (Beschaffung warmer Kleidungsstücke, Versorgung und Verpflegung der Kinder etc.) weit schlechter stellen, als zu der Zeit, da sie sich der Familie widmen. Das ist nicht nur für die Kriegerfamilien, sondern auch für die nationale Volkswirtschaft von Nachteil. Vollig unzulässig ist bei den gegenwärtigen Krisenbedingungen die Suche in den Gemeinden, wo gar kein Anreiz an der Staatsunterstützung gegeben wird. Die Reichsregierung wird gebeten, auf die Abstellung dieser unzulässigen Zustände hinzuwirken, was jedenfalls nur geschehen kann durch einheitliche Anweisungen an die Landeszentralbehörden. Durch Verordnungen wäre den Gemeinden die Veranschlagung aufzuerlegen, gewisse Mindestsätze als Zuschuss zu der Reichsunterstützung zu leisten. Dabei könnten auch allgemeine Richtlinien aufgestellt werden, nach denen sich die Gemeinden bei ihren Maßnahmen im Unterstützungsweesen zu richten hätten. Auf die Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Be-

zirken und auf die besonderen Bedürfnisse von Stadt und Land könnte dabei gebührende Rücksicht genommen werden.

Inzwischen ist die Sache im Reichstage ausgiebig behandelt worden. Zu wünschen wäre, daß das, was zu ihm möglich ist, recht bald sich in Taten äußern würde.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 38. Wochenbeitrag im Jahre 1915 für die Zeit vom 12. bis 18. September fällig ist.

Berichte aus den Zahlstellen.

Göln. Die Beleuchtungsfrage wird im nächsten Winter für weite Bevölkerungsteile sich wieder unangenehm bemerkbar machen. Petrocum wird nur in sehr geringen Mengen und zeitweilig vielleicht gar nicht erhältlich sein. Die Kölner Stadtverwaltung hat sich daher nach einem anderen Beleuchtungsmittel umgesehen und sucht dies der Bevölkerung zugänglich zu machen. An Stelle



Unsere Helden.

Den Felderod fürs Vaterland

haben unsere Verbandsmitglieder:

- Johann Kollers, Mitglied der Zahlstelle Arefeld, gefallen bei Kommo.
- Anton Schmitt, Mitglied der Zahlstelle Bierlohn, gefallen im Westen.
- Adolf Lehmann, Mitglied der Zahlstelle Danabrad, gefallen in Ostland.
- Joseph Dammann, Mitglied der Zahlstelle Lohne, gefallen im Osten.
- Jacob Gohle, Mitglied der Zahlstelle Lauenburg, gefallen in Ostland.

Den Felderod fürs Vaterland fanden bisher 127 Verbandsmitglieder. Das Andenken dieser Tapferen wird im Herbst allezeit in Ehren gehalten werden.

Das Eisene Kreuz

erhielten unsere Verbandsmitglieder:

- Fritz Bredschmidt, Unteroffizier, Mitglied der Zahlstelle Danabrad.
- Heinrich Hagemann, Mitglied der Zahlstelle Coesfeld.
- Franz Eisinger, Mitglied der Zahlstelle Kavelaer.
- Friedrich, Mitglied der Zahlstelle Kavelaer erhielt die rote Kreuz Medaille.
- Alfred Titz, Unteroffizier, Mitglied der Zahlstelle Schramberg.
- Johann Kater, Mitglied der Zahlstelle Schramberg.
- Johann Birkner, langjähriger Vorstand und Gründer der Zahlstelle Windisch-Eschenbach.
- Franz Blajke, Unteroffizier, Mitglied der Zahlstelle Klingen erhielt das kaiserliche Verdienstkreuz 3. Klasse mit Krone und Schwert.
- Karl von, Sektionsführer der Zahlstelle Effen, Ritter des Eisernen Kreuzes, wurde zum Offiziers-Stellvertreter befördert, nachdem erst vor 4 Wochen die Beförderung zum Hauptmann wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde erfolgt war.

Gewerkschaftliches.

Unsere Verbandszeitung. Trotz des beschränkten fanges während der Kriegszeit ist es notwendig, daß Holzarbeiter über das Leben in den Zahlstellen, über wertvolle soziale Vorformnisse an den einzelnen Orten, beachtenswerte Vorgänge in den verschiedenen Berufen berichtet wird. Das aber ist nur dann in zufriedenstellender Weise möglich, wenn aus den Zahlstellen auch das Beste der Redaktion eingeschickt wird. Manche Zahlstellen denken der Ansicht zu sein, nur Versammlungsberichte den Holzarbeiter einbringen zu dürfen. Das ist durch verfehrt. Außerhalb der Versammlungen ereignen sich in den einzelnen Orten und Bezirken so mancherlei interessante Vorgänge, die sehr gut im Holzarbeiter Aufnahme finden könnten, wenn sie nur zu Papier gebracht und eingekürzt würden. Die Mitarbeit an unserer Verbandszeitung geht auch zu jener Arbeit, durch die unsere Verbandsorgane fördert und gehoben wird und die die Ortsverwaltung daher nicht vergessen dürfen.

Von der roten Internationale. Der Krieg hat der nationalen Sozialdemokratie beinahe einen kräftigen verlehrt. Von der internationalen Brüderlichkeit ist nur nicht viel mehr vorhanden. Die harte Wirklichkeit hat schon den Traum plötzlich ein Ende bereitet. Jetzt greift Streit auch ins Gewerkschaftsgebiet über. Ausländische Gewerkschaftsführer wollen das internationale Sekretariat Berlin nach der Schweiz verlegen. Die Stelle als internationaler Sekretär, die jetzt Legien inne hat, soll an andere übertragen werden. Eine in Paris stattgefundene Konferenz von Delegierten aus Frankreich und England ist prinzipiell die Verlegung des Sekretariats von Berlin nach Bern beschlossen. Die Schweizer haben aber schon abgemittelt die Begründung, daß ihnen die Kräfte dafür fehlen. Auch will Legien die Geschäfte nicht eher aus den Händen geben, bis eine regelrechte Konferenz es beschlossen. Konferenz in Holland abzuhalten, lehnte der englische Gewerkschaftsführer Appleton mit der Begründung ab, es sei zwecklos, ihre Leute aufzufordern, einer solchen Konferenz beizutreten. Deren Besuch würde in der jetzigen Zeit Verlegung des Gefühls eines Postes sein, das nicht von Abscheu erfüllt, sondern auch fest entschlossen sei, zu sein. Der Krieg übt also keine tiefgehenden Wirkungen bereits auf die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung.

Die christlichen Gewerkschaften in der Schweiz werden durch die lange Dauer des Krieges auch sehr in Mitleidenschaft gezogen. Da in der Schweiz sich sehr viele Deutsche aufhalten, die jetzt in immer größerer Zahl zum Heere in Deutschland eingezogen werden, so entstehen dadurch den Gewerkschaften große Lücken. Der Gewerkschaftswandel sich daher an die zurückbleibenden Mitglieder, in der Pflichterfüllung an der Bewegung festzuhalten, und an Zukunft zu denken.

Kann aber bedenken wir der Aufgaben unserer Organe für die Zukunft? Auf Regen folgt Sonnenschein. Auf diese kriegsgezeiten werden auch wieder andere Tage folgen, es kann nicht ihr ureigenstes Interesse haben, jeden Einzelnen, stammes Organisation im Rücken zu haben, um dann durch danksames Handeln mit seinen Berufskollegen mit Erfolg für Interessen einsehen zu können. Also stehen wir fest! Seien uns unserer Pflichten in dieser ersten Zeit bewußt. Erwarten uns der richtigen Opfer der uns Feld Gezogenen, damit wir uns die untrigen als minimum. Erhalten wir unsern Glauben das, was sie uns zur Erhaltung anvertraut haben. So wie die Väter, die da und dort durch die Einberufungen entlassen worden ein Vorstandsmitglied abgeht, muß dies sofort wieder ein neues ersetzt werden. Die Mitglieder aber sollen sich etwas von der Arbeit in der Gewerkschaft drücken, sondern die Verantwortung betrachten, gerade in dieser ersten Zeit dem Bestmöglichen zu sein. Deshalb Kollegen, allerorts auf die Posten!

Rundschau.

Abkündigung der Nacharbeit im Bädererigewerbe. Reichstag hat für das Bädererigewerbe den höchst bedeutsamen Beschluß gefaßt, das Nacharbeitverbot in zweidrittelmehrheitliche Weise durch Bundesratsverordnung auch für die Friedenszeiten zu lassen. Der Stellvertretende Reichskanzler, Dr. v. Delbriick, hatte vorher zum Ausdruck gebracht, seiner Meinung nach das Nacharbeitverbot auch weiterhin nach dem Kriege aufrecht erhalten werden kann. Dabei meinte er noch ausdrücklich, daß der preussische Minister Handel und Gewerbe, der in der Sitzung anwesend war, seinen Ansicht sei. Im Plenum des Reichstags ist der Beschluß des Reichshaushaltsausschusses mit großer Mehrheit angenommen worden. Erst der Bundesrat dem Beschluß zustimmen, so ist für das Bädererigewerbe ein großer Fortschritt erreicht, der von dem im Bädererigewerbe bestellten, organisierten Gesellen und Arbeitern lange ersehnt worden ist. Die Kriegszeit hat gelehrt, daß es auch Nacharbeit im Bädererigewerbe geht.

Evangelische Kirche gegen den Wucher mit dem Mittel. In einer Versammlung der evangelischen Kirche von Leipzig wurde das wucherische Treiben auf dem Lebensmittelmarkt behandelt und durch folgende Entschließung gefordert, dem Wucher zu Leibe zu rücken:

Es gehört nicht zu den Aufgaben der Kirche, sich mit Einzelheiten des wirtschaftlichen Lebens zu befassen, aber die hat das Recht und die Pflicht, Widerspruch zu erheben, wenn wirtschaftliche Vorgänge zu unethischen, unchristlichen, ungesetzlichen Handlungen führen, die in gewisser Weise vorhanden sind. Die unter Aufsicht der beiden Kirchen in Leipzig versammelten über achtzig Geistlichen Leipzig-Stadt und Leipzig-Land, fordern jebermann auf, es Gewissenspflicht anzusehen, dem Wucher mit allem Nachdruck entgegenzutreten und insbesondere die darauf bezüglichen Maßnahmen mit allen Mitteln zu unterstützen.